

Politische Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Die Berner Woche**

Band (Jahr): **33 (1943)**

Heft 13

PDF erstellt am: **23.04.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

POLITISCHE **R**UNDSCHAU

Das Basler-Symbol

-an- Einmal gab es eine eidgenössische Volksabstimmung, in welcher mit 700 000 zu 100 000 Stimmen die Vermögensabgabe der sozialdemokratischen Partei verworfen wurde. Jeder kleine Bürger und Arbeiter, der ein bisschen Geld auf der Kasse liegen hatte, protestierte gegen die blosse Möglichkeit, davon etwas abgeben zu müssen, ganz abgesehen davon, dass eine gewaltige Propaganda die Stimmung der Öffentlichkeit vollkommen gegen die Vorlage einzunehmen gewusst hatte. Das Urteil über die Initiative lautete: «Töricht» und «unpsychologisch». Die «indirekte Vermögensabgabe», welche wir in diesem Kriege erlitten haben, unterlag keiner Volksabstimmung...

Basel hat am dritten Märzsonntag eine Abstimmung erlebt, welche in ihrer Verneinungswucht an jene eidgenössische erinnerte. Nur dass gleich vier Vorlagen bachab geschickt wurden. Die Basler Regierung steht vor einem Defizit von 13 Millionen und müsste Geld hereinbringen, um das Budget auszugleichen. Darum verlangte sie vom Bürger Geld in Form eines erhöhten Gaspreises und in Form von Steuerzuschlägen, die man an den neuen Gaspreis gekoppelt hatte. Mit 25 000 gegen 5000 Stimmen sagte der Souverän Nein. Arbeiter und «Dalbanesen» waren gleicher Meinung.

Die Gaspreisvorlage bildete den Kern des «Streitpunktes»; die Flugplatzvorlage, die Verlängerung der grossrätlichen Amtsdauer für ein Jahr und die Billettssteuererhöhung erlagen der Neinstimmung, welche eigentlich dem «Gas» galt. Man will «keinen solchen Grossrat mehr», der der Regierung hilft, derlei Vorlagen auszuarbeiten. Man will «diesen Leuten» die bescheidene Zusatzeinnahme aus Billetten auch nicht mehr bewilligen und schliesslich will man auch nicht glauben, dass sie imstande seien, ein vorbildliches Flugplatzprojekt auszuarbeiten.

Die Lehre aus diesem Sonntag lautet, dass man es offenbar anders anfangen muss, als es die Behörden angefangen. Dass man nicht auf die Zahlungswilligkeit des Gesamtvolkes bauen kann. Dass man entweder eine Mehrheit für Steuern gewinnt, welche eine Minderheit entrichten muss, oder dass es heisst: «Wenn ihr nicht bezahlt, wird es euch so und soviel kosten!». Dies dürften die Grundregeln für einen Staat sein, der Geld auftreiben muss. In Basel wird es vermutlich dazu kommen, dass man rigoros zu sparen anfängt, d. h. dass die Abstimmenden das, was sie «mit dem Gaspreis» verweigert haben, auf der «Retourkutsche der Staatsleistungen» einbüssen.

„Nachkriegspläne“

Die letzte grosse Rede des britischen Premiers Churchill, der nach einer gesundheitlichen Störung wieder zur vollen politischen Tätigkeit zurückkehrt, lenkt die Gedanken auf die vielen Äusserungen britischer und amerikanischer Staatsmänner über die Nachkriegszeit. Es ist beinahe gleichgültig, was sie im einzelnen gesagt haben. Einzig die Feststellung ist interessant, dass sie überhaupt die Möglichkeit einer Niederlage der Alliierten nicht in Betracht ziehen. Churchill spricht mit einer Selbstverständlichkeit von den «drei siegreichen Nationen», welche den Frieden in Europa zu gestalten hätten, dass man sich fragt, worin er die Garantien dieser Zukunftsverheissung hernehme. In Amerika werden tausend Leute geschult, die im besetzten Deutschland die Verwaltung übernehmen sollen, bis dort alle Garantien vorhanden seien, dass keine

künftige Störung des Friedens versucht werde. Churchill wiederum, der seinem Volke versichert, er verspreche nichts, was er nicht halten könne, auch in innerpolitischer Hinsicht nicht, spricht von der Absicht, die Verantwortlichen des Krieges und seiner Ausschreitungen in den besetzten Gebieten zur Verantwortung zu ziehen und abzuurteilen. Spricht so, als sei es schon so weit, als sei der Krieg schon gewonnen, als gebe es kein Hinunterstürzen mehr von der Höhe, die heute erreicht sei, «nach dem Durchschreiten des dunklen Tales»!

Auffallen muss, dass sich die Russen seit Jahresfrist kaum mehr an solchen Zukunftsgesprächen beteiligen, dass sie sich auf die «Vertreibung der Eroberer von der russischen Erde» beschränken. Wenn aber je ein aufschlussreicher Satz Stalins in der Welt beachtet werden sollte, dann ist es die merkwürdige Versicherung, man denke in Moskau nicht daran, die deutsche Wehrmacht zu vernichten..., nur ihre heutige Führung. Es ist in der Welt- und auch in der schweizerischen — nicht davon Notiz genommen worden, wie sehr dieser Ausspruch mit den britischen und vor allem amerikanischen Aussagen über die Notwendigkeit der totalen Entwaffnung Deutschlands im Widerspruch steht. Wir möchten unsere Leser jedoch darauf aufmerksam machen, weil mehr daran hängt, als man auf den ersten Blick vermuten möchte.

Das Illusionäre der angelsächsischen Pläne

kann denjenigen direkt erschrecken, der an den letzten Weltkrieg und den darauffolgenden Frieden von Versailles zurückdenkt. In diesem Frieden wurde eine teilweise Besetzung des geschlagenen Reiches festgelegt. Der Erfolg der Rheinlandbesetzung ist bekannt. Nichts hat den deutschen Nationalismus mehr gekräftigt als die Demütigung dieser Besetzung, besonders durch die farbigen Truppen der Franzosen. Und als sich Paris gar noch mit Plänen trug, eine Separation des Rheinlandes zu fördern, und als von hier aus die rheinischen Separatisten direkte Unterstützung erhielten, kam die Seele des rasch wieder zum Selbstbewusstsein erwachten Volkes ins Kochen. «Natürlich musste diese Besetzung scheitern, weil sie nicht total war und mit einer fast lächerlich zu nennenden Kontrolle der getarnt arbeitenden Wiederaufrüstung Hand in Hand ging», sagen die Befürworter eines neuen «Ueber-Versailles», und sie fügen bei, dass man einen Fehler nicht wiederholen werde: Die Aushungerung der Bevölkerung durch die Weiterdauer der Blockade nach dem Waffenstillstand. Diesmal, so heisst es, werde man sofort für die Abstellung der Ernährungsmängel sorgen. Aber schon kommen Stimmen, die verheissen, vor Deutschland müssten natürlich die besetzten Gebiete wieder richtig versorgt werden.

Churchill ist in seiner Rede über die sehr propaganda-bedingte «Besetzungsthese» hinausgegangen und hat eine Art verbesserten Völkerbundes verheissen, mit einem «Rat für Europa» und einem «Rat für Ostasien», hat den kleinen Staaten den Vorschlag gemacht, sich in Staatenbünden zusammenzuschliessen und so das Gleichgewicht gegenüber den Grossmächten zu schaffen. Das richtet sich in erster Linie an die Balkanstaaten, dann aber auch an die nordischen, vielleicht die Niederlande und Belgien, allenfalls sogar die baltischen Länder, sofern man sie nicht zugunsten der russischen Ansprüche aufgegeben. Ein Programm also, welches diese Völker auffordert, sich dafür einzusetzen.

Vergegenwärtigen wir uns, dass diesem von Churchill «ausgesprochenen» Programm, welches die historischen

Staaten mit ihren «geographischen» und «militärgeographischen» Grenzen, ihre Gruppierung, ihre Rivalität in gemilderter Form verewigen will, ein «nicht ausgesprochenes sowjet-republikanisches» Programm gegenübersteht. Wer den Verlauf der einzelstaatlichen Grenzen in der Sowjetunion studiert, findet überall Formen autonomer Gebiete, welche etwa an den «Kanton Solothurn im Kanton Bern» erinnern. Grenzen, gezogen nach Sprachgebieten, unbekümmert um die «Verteidigung» solcher Grenzen, die ja unter Verbündeten überflüssig wird. Es treten hier zwei Systeme in Wettbewerb, und offensichtlich hat die «Anerkennung der deutschen Wehrmacht» von Seiten Stalins ihren Sinn in einem so gestalteten «neuen Europa» und sonst nirgends.

Damit kommen wir auf die Frage, welche Nachkriegspläne eigentlich die Russen hegen.

Russisches Schweigen

Ist das Einzige, was man seit der widerrufenen «ewigen Verfluchung» Deutschlands durch *Molotow und Stalin Anno 1941* und seit der Ersetzung «generationenlanger deutscher Wiedergutmachung» durch die Unterscheidung zwischen «Nationalsozialisten» und «Deutschen» vernommen hat.

Wie stehen die Russen den Deutschen nach einer allfälligen Zertrümmerung der Ostfront in der nächsten Sommeroffensive gegenüber? Ihre Lage unterscheidet sich von jener des ersten Weltkrieges dadurch, dass sie bisher nicht wie damals dazu kamen, eine deutsche Provinz — Ostpreussen — zu verwüsten. Ihre Lage unterscheidet sich auch von jener der Amerikaner und Engländer. Die massiven Bombardierungen werden ihnen, nicht den Russen, zugerechnet.

Wer auf weitere Sicht denkt, wird die psychologischen Folgen dieser Tatsache berücksichtigen müssen. In *Hitlers letzter Rede* tönte vernehmlich der Appell an den «totalen Hass». Es ist logischerweise unmöglich, dass der Hass in gleichem Ausmasse eine Armee trifft, die im eigenen Lande gegen die deutschen Angreifer kämpft und nach folgenreichen Siegen nun wieder über Charkow und Bjeigorod hinausgeworfen wird, wie die Riesenbomber und die Leute, welche die Bomben auf alle Städte westlich der Linie München—Hamburg werfen.

Es ist darum klar, dass die Armeen der Westmächte, wenn sie dem deutschen Volke die letzte Achtung abnötigen wollen, überwältigende Beweise soldatischer Überlegenheit erbringen müssen, in Tunis, wo soeben die *Mareth-Schlacht* begonnen hat, ebenso wie anderswo, wenn einmal die «zweite Front» wirklich versucht werden sollte. Und ebenso klar ist, dass ein militärisches Nichtbewähren der Westmächte, ein Sieg, der nur der schliesslichen «Materialüberlegenheit» zu verdanken sein würde, die denkbar ungünstigsten Vorbedingungen für die so sicher gehaltene Besetzung des Reiches schaffen müsste. Ein Warner hat von einer schwer tragbaren *psychologischen Hypothek* gesprochen. Die an Gold und Eisen und allem «Reichen» als Ordnungsmacher im Lande — es ist nicht recht zu sehen, wie ein Staatsmann sich die guten Erfolge einer solchen Massnahme gegenüber einem Lande, das beisspiellos tapfer gekämpft, vorstellen könnte.

Die Antwort kann nur sein, dass die Westmächte und ihre Lenker überzeugt sind, ihre militärischen Leistungen unter einen unwiderleglichen Beweis stellen zu können — binnen kurzem, oder, wenn die *U-Bootgefahr* nicht in nächster Zeit überwunden wird, nach Churchills Verheissung dann nach längerer Zeit...

Die sozialen Nachkriegsprogramme

sind es, die uns bei näherem Zusehen verraten, *worin die angelsächsisch-russischen Differenzen eigentlich bestehen*. Und was die Programme nicht verraten, ergibt sich aus dem «Gespräch» der Politiker. In Amerika hat man den

britischen «Beveridgeplan» begeistert aufgenommen. Wenn dieser grosse soziale Versicherungsplan keinen andern Erfolg hatte, dann diesen: Er wurde zum grössten buchhändlerischen Erfolg in USA und zog rasch ein *entsprechendes Projekt für die Staaten* nach sich. Unterdessen hat das britische Parlament seine sofortige Durchführung abgelehnt. Aus finanziellen Gründen. Man kann sich darüber verwundern, wenn man überlegt, wie selbstverständlich Grossbritannien jede finanzielle Konsequenz des Krieges auf sich zu nehmen bereit ist. Wundert, wenn man weiss, dass die *soziale Sicherung der Massen das Hauptstück der Nachkriegspläne für das eigene Land bedeutet*. Hierzu verpflichtet sich fast jeder der redenden Minister. Und hierin liegt der Zauberschlüssel, der jeder kommunistischen Propaganda die Türe verschliesst.

Wenn nun der amerikanische Vizepräsident Wallace von den Russen verlangt, dass sie die «Weltrevolutionierungspläne Troztkys» aufgeben sollen — wie geschickt scheint diese Formulierung —! muss einen das seltsam naiv anmuten. So wenig das soziale Programm der dritten Internationale einen Bankier oder den Besitzer einer gutgehenden Apotheke lockt, kann es einen nach allen Seiten versicherten, gutbezahlten Arbeiter des Westens verlocken. Stellen sich die Amerikaner wirklich vor, die Russen könnten eine «amerikanische Revolution» machen? Churchill und sein Mitarbeiter Eden haben gewiss eine andere Vorstellung darüber, und von britischer Seite hat kein Sprecher Ähnliches von Stalin verlangt wie Wallace, wogegen immer wieder die Ueberzeugung ausgesprochen wurde, das britische Volk sei — dank der sozialen Nachkriegsprogramme — gegenüber dem Bolschewismus immun. Weshalb dann auf einmal die Aengstlichkeit wegen der finanziellen Konsequenzen des «Beveridge-Planes»? Aus Churchills Rede ergibt sich die Ueberzeugung, dass die *sofortigen und totalen Sicherungsmassnahmen dieses Planes nicht notwendig* seien, dass also mit *andern Mitteln* Beschäftigung und Ernährung garantiert werden könnten! In dieser Zuversicht mag man den Unterschied zwischen der britischen und amerikanischen Einstellung gegenüber Russland begründet sehen.

Die russischen Grenzansprüche,

der Wille, *Weissrussland, die Ukraine, das Baltikum, Karelrien, Bessarabien und Ostgalizien als Minimum* zu besetzen, bilden nach dem Gesagten nur einen kleinen Ausschnitt aus dem ganzen Fragenkomplex, der die beiden Lager der Alliierten beschäftigt und worüber sie im Grunde noch kaum gesprochen haben. Zweifellos beabsichtigt Stalin, falls ihm im Sommer eine Zertrümmerung der deutschen Front gelingen sollte, die Besetzung der genannten Gebiete, und er beabsichtigt auch, die Verbündeten dabei nicht zu befragen. *Dagegen hat er, seinen Aeusserungen nach, nicht im Sinn, an einer «Besetzung Deutschlands» im amerikanischen Sinne mitzuwirken*. Dass er nicht an eine «gänzliche Vernichtung der deutschen Wehrmacht» denkt, sieht viel eher nach der Absicht aus, den Amerikanern das Odium einer solchen Besetzung ebenso wie *das Odium nichterfüllter sozialer Nachkriegsversprechen zu überlassen!*

Stalins Schweigen ist vielen Leuten unheimlich. Andere sagen, unheimlicher sei seine Intelligenz. Diese Intelligenz rechne damit, dass nicht nur ein angelsächsisch besetztes Deutschland, sondern ebenso eine enttäuschte Masse in Grossbritannien und USA, und allenthalben in der Welt, in einem Russland, das die eigenen Grenzen nicht überschritten habe, den natürlichen Verbündeten suchen würden. Und wieder andere sagen, das Allerunheimlichste seien die Kinderschuhe, in welchen sich die *amerikanischen Vorstellungen über das «alte Europa»* bewegen! Man wird abwarten müssen, wo das eigentlich Unheimliche liegt!